

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,  
Sonnabend, 26. September 1896.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offerten = Annahme 10 Pf. Redaktion u. Verlag: Schmiedestr. 15.

5. Jahrg.

## Beschluß des Ausschusses und Vorstandes.

Vorstand und Ausschuss haben durch übereinstimmende Beschlussfassung einen Beschluss des Harburger Verbandstages, nach welchem der Absatz c des § 2, Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, aus dem Statut entfernt war, wieder aufgehoben, und bleibt der § 2, abgesehen von der veränderten Klammerzeit, im früheren Texte bestehen.

Unseren auf dem Verbandstage nicht anwesenden Kollegen sind wir eine Erklärung schuldig. Auf Seite 21 des Harburger Protokolls findet sich Folgendes:

„Im § 2 wird der Absatz c unter der Begründung gestrichen, daß dasjenige, was derselbe besage, bereits in erschöpfender Deutlichkeit in dem einleitenden Theile des Paragraphen gesagt und es selbstverständlich Aufgabe des Verbandes sei, alle aus dem § 152 der Gewerbeordnung abzuleitenden Interessen der Mitglieder zu vertreten.“

Der einleitende Satz des § 2 unseres Statuts besagt aber: „Der Verband bezweckt die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung.“

Der § 152 der Gewerbeordnung lautet: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“

Selbst denjenigen Kollegen, welche die Gründe der Antragsteller, und auch wir gehören zu letzteren, nicht billigen oder nicht für wichtig genug zur Streichung hielten, war durch die, die Streichung motivirenden Worte hinreichend Garantie geboten, daß der Verband keinen Front- und Prinzipienwechsel vollziehe, sondern seiner Gesichtsrichtung gemäß, entsprechend seiner selbstverständlichen Aufgabe, seine seitherige Thätigkeit auch weiter verfolgen werde.

Diese Garantie war um so mehr geboten, als auf Seite 7 des Statuts eingehende Auseinandersetzungen über die bei Injunctur von Streiks zu beobachtenden Grundsätze gegeben sind. Wären die Bestürzungen begründet, dann hätten jene Bestimmungen logischerweise auch aus dem Statut entfernt werden müssen.

Aber obwohl diese Garantie gegeben war, glaubte ein Theil unserer Kollegen die Verbandsziele ohne die 6 Buchstaben des Absatz c des § 2 nicht erreichen zu können. In den Versammlungen entstand gelegentlich der Berichterstattung gleich die Opposition, welche sich schließlich zu einem Antrag auf Abstimmung über die fernere Zukunft 5 schicksalschwerer Worte verdichtete. Dieser Antrag wurde gestellt von den Kollegen in Frankfurt am Main und Göttersheim. Daß auch die Generalkommission, welche gelegentlich der skandalösen Vorgänge in der Buchdruckerbewegung sowohl als auch gegenüber den von Dr. Quarc gemachten Vorschlägen bis jetzt noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt hat, das Wort zu ergreifen, uns gegenüber sich aber verpflichtet fühlte, als Wahrerin des Prinzips und des Männerstolzes vor Polizeithronen aufzutreten, sei nur nebenbei erwähnt. Wie die Redaktionen des „Grundstein“ und des „Zimmerer“ über uns urtheilen, indem sie unsern Beschluss ohne Begründung wiedergeben und erstere die Bemerkung daran knüpfte, „weiter könne man die Selbstverleumdung nicht gut treiben“, ist uns wohl nicht gleichgültig, aber wir trösten uns über das harte Urtheil mit unserm Bewußtsein, ebenso energisch wie genannte Redaktionen für unser Koalitionsrecht eingetreten zu sein und trotz der „Verleumdung“ auch so lange wie jene kampffähig zu bleiben.

Daß ein Kollege in geistreicher Weise uns mit dem „größten Arbeiterführer“ Döblin verglich, uns aber immer noch der „Besserung“ für zugänglich hielt, nehmen wir weiter nicht sonderlich tragisch, auch darüber trösten wir uns. Nur gegen einen, auch während der Berichterstattung wieder aufgetauchten Vorwurf verwahren wir uns und zwar auf das Allerentschiedenste. Es ist gesagt worden, der Antrag sei ein „Schachzug des Vorstandes“, um die Sitzverlegung zu hintertreiben,

und zwar ist dieser Vorwurf von einem auf dem Verbandstage anwesenden süddeutschen Kollegen erhoben worden. Die Gründe für unsern Antrag haben wir angegeben; wir dürfen so viel Vertrauen erwarten, daß man unseren Worten Glauben schenkt, wir versichern noch einmal, sie entsprechen der Wahrheit. Bislang haben wir noch immer den Muth gehabt, unsere Ansichten und Meinungen mit der Wahrheit entsprechenden Gründen zu bekräftigen. Hinterlistige Winkelzüge, „Schachzüge“, waren uns fremd, und so lange wir den Kollegen nicht Beispiele gegeben haben, daß wir bei unserer Taktik die gegenfälligen Mittel in Anwendung bringen, hat Niemand ein Recht, uns so zu beurtheilen, wie es geschehen, uns mit Drahtziehern, Prinzipschacherern, gewissenlosen Schurken, denen zur Erreichung ihrer Zwecke jedes Mittel recht, auf eine Stufe zu stellen. „Einen Dummkopf könnt Ihr mich schimpfen, aber den Schurken verbitte ich mir.“

Warum wir auf die, die Opposition gegen die Streichung begleitenden sachlichen Gründe nicht eingehen, wollen wir mit einigen Worten klarzulegen versuchen. Wir betrachten diese Gründe als unberechtigte Schwarzseherei, für ein Klammern an Buchstaben, ein Anbeten von todtten Worten. Bei einer Bewegung wie die unsrige, kommt es weit mehr auf den die Mitglieder befehlenden Geist an, als auf die Buchstaben des Statuts. Eine von mangelhafter Erkenntniß durchdrungene, von dem richtigen Geist und der Auffassungsfähigkeit unbeeinflusste Organisation kann die allerschönsten Bestimmungen des Statuts wirkungslos machen, und eine von Muth, Opferfreudigkeit, ökonomischer Einsicht besetzte Mitgliedschaft kann auch trotz miserabler statistischer Bestimmungen die segensreichste Thätigkeit entfalten. Für beide Fälle hat die neueste Geschichte der Arbeiterbewegung überzeugende Beispiele geliefert, die auch allen Opponenten der Streichung bekannt sein müßten und bekannt sein könnten.

Dem Antrag auf Abstimmung und der dieser nothwendig vorangehenden Diskussion hat der Vorstand und Ausschuss die Ursache entzogen. Es handelt sich bei der Streichung um eine diskretionäre Maßregel, welche in dem Augenblick ihre Wirkung verlor, als wir die Gründe dafür öffentlich klarlegen mußten. Das wäre geschehen, wenn wir uns, was selbstverständlich war, um gegen die falschen Unterstellungen Front zu machen, an der Diskussion bethetigt hätten.

Die für die Streichung gestimmt habenden dreizehn Kollegen werden unsere Stellung verstehen, sie werden aber auch nun dem geschaffenen Zustand und unserer schwierigen Lage Rechnung tragen und nicht, dem Beispiele der anderen Kollegen folgend, auch eine Abstimmung verlangen, weil, wie es im Vorliegenden der Fall ist, die Minorität sich der Majorität fügen muß.

## Die sächsische Fabrikinspektion 1895.

(Schluß.)

Die Frauenarbeit weist eine Zunahme seit 1894 um 4,1% auf; Arbeiterinnen wurden in 5733 Betrieben beschäftigt (281 mehr als im Vorjahre). Die Zahl der Arbeiterinnen verhält sich zur männlichen Arbeiterschaft wie 1:2; von je 100 Arbeiterinnen sind 40 unter 21 Jahren. Die Zunahme der Arbeiterinnen ist hinter derjenigen der erwachsenen Männer zurückgeblieben, eine Folge des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, insbesondere des Maximalarbeitstages, der Tausende von Arbeiterinnen in die kleinen Werkstätten und in die unbeschränkte Hausindustrie gedrängt hat. Denn daß die Zunahme an der verfügbaren weiblichen Bevölkerung überhaupt ein Hinderniß gefunden habe, daß also die Industrie bereits alle verfügbaren weiblichen Kräfte absorbiert hätte, dafür liegen keinerlei Erfahrungen vor. Der mehrfach beobachtete Arbeiterinnenmangel dürfte vielmehr auf lediglich lokale Ursachen zurückzuführen sein und bloß in den ländlichen Distrikten und in solchen Industrien herrschen, deren schlechte Arbeitsverhältnisse und elende Bezahlung eben keinerlei Anreiz auf die weibliche Bevölkerung auszuüben vermögen.

Ueber die Einzelwirkungen des Arbeiterinnenschutzes enthalten die Berichte diesmal weniger Material, als im Vorjahre auslässlich bei vom Reichsanwalt veranstalteten Arbeiterinnenumfrage. Doch dürften sich die Unternehmer allmählich den Schutzvorschriften angepaßt haben, denn die Zahl der Arbeiterinnenschuldsvergehen ist erfreulicher Weise geringer geworden, und die Klagen über die Beschränkungen haben nach-

gelassen. Es wurden nur noch 472 Uebertretungen (1894: 894) in 374 Anlagen konstatiert, wovon 278 auf fehlende Anzeigen und Ausschüsse 53 auf überschrittene Arbeitsdauer, 5 betreffs der Wochtpause, 79 auf überschrittene Sonnabendsbeschäftigung, 10 auf verbesserte Nachtarbeit, und 47 auf sonstige Vergehen kamen. Bestraft wurden nur 36 Personen oder 9,6%.

Die sächsische Strafstatistik der Arbeiterschutzes enthält uns einen ganz eigenthümlichen Zustand der sächsischen Rechtspflege. Die Zahl der von den Aufsichtsbeamten ermittelten Vergehen betreffs des Jugends- und Arbeiterinnenschutzes betrug insgesammt 2394; dazu haben die Ortspolizeibehörden über 1000 Uebertretungen aufgedeckt. Die Zahl der Sonntagsruheverletzungen ist gar nicht festgestellt, ebensowenig die der übrigen Verstöße. Es kommen aber auch noch hinzu 12083 ermittelte Verstöße und Mängel in Sachen der Unfallverhütung. Und für alle diese Uebertretungen sind nur 116 Personen bestraft, und dabei nur zu Geldstrafen bis zu 400 Mark. Man ersieht daraus, daß die sächsischen Behörden und Gerichte, deren rasche und deklamatorische Justiz gegenüber den Arbeitersorganisationsbestrebungen und den sozialdemokratischen Verbrechenslisten weit über die grünweißen Grenzpfähle hinaus bekannt ist, daß diese Justiz auch recht nachsichtig und mild sein kann, wenn es sich um renitente und böswillige Unternehmer handelt. Aber das Unternehmertum bildet ja ein Stück, und sogar den Hauptbestandtheil der heutigen Gesellschaftsordnung, und diese kapitalistische Ordnung wird ja in Sachsen ganz besonders geschützt.

Recht belehrend ist auch die Statistik der Ueberarbeitsbewilligungen für Arbeiterinnen, also der Ausnahmen vom gesetzlichen Maximalarbeitsstag, deren es 2 Gruppen giebt, solche für die Wochentage nach § 138a, 1-4, und solche für Sonnabends, für Arbeiterinnen die kein Hauswesen zu besorgen haben, nach § 138a 5 der G.-O. Bereits im Vorjahre hatten die sächsischen Behörden für die Wochentage 1388844 Ueberstunden für 901 Betriebe und 76544 Arbeiterinnen bewilligt. Im Berichtsjahre wurde diese Summe um 165560 Stunden gesteigert, indem 907 Betriebe mit 89992 Arbeiterinnen das nette Stämmchen von 1554404 Ueberstunden erhielten. Allein die 5 Bezirke Dresden, Chemnitz, Zwickau, Leipzig und Aue erhielten ein Mehr von 400000 Ueberstunden, und hätten alle Bezirke dieselbe Steigerung aufzuweisen, so wäre die Zahl von 2 Millionen Ueberstunden überschritten, dagegen hat der Bezirk Plauen ein Minus von 265345 Ueberstunden, wodurch das Gesamtresultat beeinflusst wird. Die Betheiligung der hauptsächlichsten Industrien wird aus folgender Uebersicht erkennbar:

Industrie	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiterinnen	Zunahme der Ueberstunden	Zahl der Ueberstunden auf jeden Betrieb	Zahl der Arbeiterinnen auf jede Arbeiterin
Textil-	599	65507	1010786	1687,4	15,4
Bekleidungs-	77	6598	181414	2356	27,3
Nahrungsmittel-	34	2545	161340	4745,3	61,4
Papier- u. Leder-	74	4710	73234	989,6	15,4
Polagr. Gew.	53	5310	58697	1107	10,9
Metallverarb.	28	3111	33621	1200,8	16,8
Zusammen 1895:	907	89992	1554404	1713,8	17,3
Industrie 1894:	901	76544	1388844	1541,5	18,1

Außerdem erhielten noch 81 Betriebe für die Sonnabende Bewilligung zur Längerbeschäftigung von 1638 Arbeiterinnen, darunter die Mehrzahl für mehr als 12 Sonnabende und für 2 und mehr Stunden pro Tag.

Gegen die Forderung weiblicher Inspektoren polemisiert der Chemnitzer Gewerbeschath recht geschmackvoll, indem er, nach langen Klagen über die Unbilligkeit in den Fabriksberufen und über die Zunahme der unehelichen Geburten, bezweifelt, „ob es den von mancher Seite erwünschten weiblichen Aufsichtsbeamten gelingen werde, auf diese Verhältnisse bessernd einzuwirken“, da hier der Thätigkeit der Aufsichtsbeamten überhaupt eine Grenze gesetzt sei. Was dann aber der ganze Anfall gegen die Forderung weiblicher Inspektoren beweisen soll, ist uns unerfindlich. Die Hauptgründe freilich, die für diese Forderung, die selbst in bürgerlichen Kreisen lebhaft propagirt wird, sprechen, läßt der tapfere Kämpfer völlig unberührt; eine Untersuchung über die wahren Ursachen der Unbilligkeit

und über den Rathschalftlich sämtlicher Unter-  
nehmer und Fabrikanten, wie sie der Erfurter  
Beamt veranlaßt hat, wurde ihm ganz andere Er-  
gebnisse und Schlüsse aufgedrungen. Aber soweit reicht  
das sozialpolitische Verständnis in Sachsen nicht.

Die Zahl der erwachsenen Arbeiter ist um  
50% gestiegen. Die Arbeitszeit wird durch den  
Marmorarbeiten der Arbeiterinnen beeinflusst und  
läßt das Verlangen nach Verkürzung deutlich erkennen,  
besonders in den Großstädten, wo in der Mehrzahl  
der Betriebsstätten, und vereinzelt die 9-  
und 10stündige Arbeitszeit herrscht. Der Achtstundentag,  
freilich in ununterbrochenen Betrieben mit Schichtwechsel,  
ist in einer Leipziger Spinnfabrik und in  
einer Dampfziegelei eingeführt. Die längste  
Arbeitszeit herrscht in der Regel in Ziegeleien, Mühlen,  
Papier- und Lederfabriken und in den Brauereien, in  
denen auch mehr oder minder regelmäßige Nacht-  
arbeit zu finden ist. Mit Ueberstunden wurde  
besonders in der Maschinenbranche gearbeitet. Von be-  
sonderem Interesse war im Berichtsjahre die Durch-  
führung der Sonntagsruhe, über welche all-  
seitig befriedigende Resultate erzielt wurden. Bei den  
zahlreichen landesrätlichen und oberbehördlichen Aus-  
nahmen kann dieses Ergebnis freilich wenig befremden,  
noch weniger aber unangenehm da überaus zahlreich  
Ausnahmen, die die Unterbehörden nach § 195 f be-  
willigt haben. Natürlich fehlt es über diese Be-  
willigungen an jeder einheitlichen Uebersicht, aber das  
Maß behördlichen Entgegenkommens wird erkennbar,  
wenn wir sehen, daß im Bezirk Döbeln 19221  
Stunden, im Bezirk Zwickau gar 31426 Stunden  
Sonntags bewilligt wurden, in letzterem Bezirk sogar  
wegen besonderer Sedanfestbestellungen und  
wegen einer Arbeitseinstellung infolge  
von Lohnstreiks (4). Den Mangel einer  
Lohnstatistik haben wir bereits erwähnt, nur  
wenige Berichte enthalten ein höchst spärliches und wenig  
geprüftes Material, das manchmal die außerordentliche  
Niedrigkeit der Löhne, manchmal aber auch das Gegen-  
theil beweisen soll. Den höchsten Stundenlöhnen von  
45 Pfennig in Leipzig sehen Wochenlöhnen von 5-8  
Mark im Bezirk Wauen, ja von 2-4 Mark im  
Bezirk Aue gegenüber, die uns zur Genüge einen Be-  
griff vom sächsischen Eldorado geben. Ungesetzliche  
Abzüge und Strafen werden mehrfach in den  
Berichten konstatiert, so bei einer Oelsteuer,  
selbst in Fabriken mit elektrischem Lichte,  
und Fenstergeld für zerbrochene Scheiben, deren  
Ursache nicht ermittelt werden kann.

Einer wenig objektiven Berichterstattung über  
Arbeiterausstände beilehnt sich der Leipziger  
Beamt, der in 11 seiner Ausstandsberichte fast überall  
die Ausständigen mit Vorwürfen und abspredhenden  
Bezeichnungen überhäuft und sie als Aufrührer,  
Unruhmäcker, Widersächliche, Lügner u.  
schildert. Manche seiner Berichte rühren offenbar von  
Schiedsrichtern der beteiligten Unternehmer her, aber  
alle durchweht ein tendenziöser arbeiterfeindlicher  
Geist, der sich wenig mit der unparteiischen Stellung  
eines Fabrikinspektors verträgt. Und gerade der

Leipziger Beamt sollte beflissen sein, sich durch strengste  
Zuchtlichkeit das Vertrauen der Arbeiter zu sichern,  
nachdem den Leipziger Arbeitern durch ministeriell be-  
stätigten Entscheid das Vermittlungsglied der  
gewerkschaftlichen Beschwerdelommission  
verweigert worden ist. Das Verhalten dieses  
Beamten ist bezeichnend für den Geist der berufenen  
Männer des Arbeiterschutzes im Jahre des Heils der  
sächsischen Wahlrechtlichung.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle be-  
trug 13716, davon 96 tödtliche; dazu kamen im  
Vergleich 1442, wovon 36 mit tödtlichem Aus-  
gange waren. Wegen das Vorjahr ergab dies eine  
Steigerung um 8,3%. Die Berichte über Be-  
triebsmängel und gesundheitschädliche Einflüsse ent-  
halten uns einen stetigen, fast aussichtslosen Kampf  
und Aufstandsbeamt gegen das profitwüthige, rücksichts-  
lose Unternehmertum. Auf die zweifelhaften  
Zuschöpfungen der Wohlfahrtseinrichtungen  
näher einzugehen, wird uns der Leser gern ersparen;  
das hieße auch den ohnehin in den Berichten über das  
Wohntum geprüften fragwürdigen Gebilden zu große  
Ehre erweisen. Die außerordentliche, vom Reichs-  
kanzler angeordnete Zieglereienuntersuchung, deren  
Resultate die in der Arbeiterpresse übliche Bezeichnung  
dieser Betriebe als „Zieghöllen“ nur bestätigen können,  
sei hier nur erwähnungsweise berührt.

## Soziale Mundschau.

— Die industrielle Reservearmee, deren Vorhanden-  
sein von unwissenden und von der Vortrefflichkeit der  
heutigen Ordnung überzeugten Personen bestritten wird,  
zählt, wie die im Vorjahre vorgenommene Zählung  
zeigt, nach vielen Tausenden. Allein in Preußen  
waren dem „Statist. Bur.“ zufolge vorhanden am  
14. Juni 1895: 164504 männliche und 49375 weib-  
liche Personen, am 2. Dezember dagegen: 386688  
männliche und 166990 weibliche Arbeitslose. Welches  
Glend verbirgt sich nicht hinter diesen Zahlen! Tausende  
von arbeitsfähigen Personen finden keine Gelegenheit,  
ihre Arbeitskraft bethätigen zu können, erleiden Noth  
und Entbehrungen aller Art; und trotzdem irrt sich  
die herrschende Klasse noch immer, den Weg zu be-  
schreiten, der einzig und allein eine Herabminderung  
der Arbeitslosigkeit zur Folge haben würde —: ge-  
setzliche Regelung der Arbeitszeit. Nur durch eine er-  
hebliche Verkürzung der Arbeitszeit ist der Arbeits-  
losigkeit und dem daraus sich ergebenden Glend  
wenigstens in Etwas zu steuern. An eine völlige Be-  
seitigung ist, so lange das heutige System besteht, leider  
nicht zu denken.

— Auf die Lage der ungelerten Arbeiter in  
Staatsbetrieben wirft folgende Notiz ein grelles Streif-  
licht: Auf dem Güterboden des Märktischen Bahnhofes  
in Breslau waren schon seit längerer Zeit Diebstähle  
vorgekommen. Als von den Geschäftsleuten, welche  
zum größten Theil die Geschädigten waren, zahlreiche  
Beschwerden bei der Eisenbahndirektion einliefen, kamen  
die Diebereien heraus. Auf Arbeiter waren die  
Langfinger; sie wurden verhaftet und hatten sich am

7. September vor der Breslauer Strafkammer zu ver-  
antworten. Die Betroffenen, größtentheils Familien-  
väter, waren bis zum Jahre 1895 auf dem Güterboden  
beschäftigt; sie erhielten den glänzenden Gehalt von  
1,20 Mk. bis 1,60 Mk. pro Tag, des Sonntags gab  
es nur halben Lohn. Alle fünf erklärten, daß sie mit  
diesem Gelde nicht im Stande waren, sich und ihre  
Familien zu erhalten; die Noth habe sie zu diesen  
Thaten getrieben, denn bei der schweren Arbeit hätten  
sie nichts zum Sattessen gehabt. Der Staatsanwalt  
beantragte gegen den Angeklagten Hartwig wegen vier  
Diebstähle fünf Jahre Zuchthaus, gegen Wehner wegen  
dreier Diebstähle und Hehlerei in einem Falle vier  
Jahre und drei Monate Zuchthaus, gegen Jonick  
wegen Diebstahls in einem Falle und Hehlerei in zwei  
Fällen ein Jahr sechs Monate Gefängniß, gegen Moraw-  
wiez zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus und gegen  
Dellwich neun Monate Gefängniß. Der Staatsan-  
walt war der Ansicht, daß, wenn die Diebstähle sich auch  
nur auf Objekte geringeren Werthes erstreckt hätten  
(es waren größtentheils Handschuhe, Bekleidungs-  
gegenstände, Kostenträger u.), so läme hier doch der Begriff des  
schweren Diebstahls in Betracht. Der Gerichtshof ver-  
urtheilte Hartwig zu einem Jahr Gefängniß, Wehner  
ebenfalls zu einem Jahr Gefängniß, Jonick zu drei  
Monaten, Morawwiez zu sechs und Dellwich zu zwei  
Monaten Gefängniß. Als strafmildernd wurde in  
Betracht gezogen, daß die Angeklagten bis jetzt unbe-  
scholten gewesen wären und ferner der Umstand, daß  
sie infolge der recht niedrigen Löhne dazu getrieben  
worden wären. — Der Eisenbahnbetrieb wirft jährlich  
einen millionenfachen Meingewinn ab. Die höheren  
Beamten erfreuen sich recht hoher Gehälter, sollte es  
da nicht möglich sein, für die Hilfsarbeiter Löhne fest-  
zusetzen, die diese nicht zum Stehlen verleiten? Wenn  
man bedenkt, daß ein Mann mit Frau und Kindern  
mit 7,20 Mk. wöchentlich auskommen, Miete, Steuern,  
Lebensunterhalt, Kleidung u. s. w. bestreiten soll, so  
kann man sich nicht wundern, wenn er zum Dieb  
wird. Gerade die Leute, die mit fremdem Gut umgehen,  
müssen anständig entlohnt werden, damit sie sich nicht  
an demselben vergeifen. Die Gerichtsverhandlung hat  
wieder einmal den Beweis erbracht, wie sehr die staats-  
lichen Betriebe noch davon entfernt sind, als Muster-  
betriebe gelten zu können. Die Ausnützung der Arbeiter  
vollzieht sich nach denselben Grundsätzen wie in den  
Privatbetrieben. Und da zweifelt noch Einer, daß  
Deutschland nicht in den sozialreformatorischen Bestre-  
bungen von allen Staaten die Führung übernommen hat.

— Der Ausstand auf der Glesener Schiffsverft  
dauert unverändert fort; schon sind es 9 Wochen, daß  
1500 Mann durch die Brutalität des Kapitalismus  
auf dem Straßenpflaster liegen, doch noch ist der  
Kampfesmut unter den Ausständigen ein ausgezeich-  
neter, nur ganz Vereinzelte haben sich zu Streikbrechern  
herabgewürdigt. Das erfreuende Resultat ist zu ver-  
zeichnen, daß eine Anzahl Derjenigen, welche keiner  
Organisation, auch nicht den patriotischen Vereinen  
angehören, also von vornherein keine Unterstützung  
erhalten haben, fest ausharren. Die Verft hat nun  
durch die berechtigten schwarzen Listen 527

## Wie soll ein Lungenfranker leben?

Keine von allen Krankheiten fordert so viel Opfer,  
wie die Erkrankung der Lunge, in Deutschland allein  
jährlich 150000 Menschenleben. Und doch würden  
Tausende und Abertausende von denen, die an einem  
Lungenleiden leiden, weit davor sichere Aussicht auf  
eine noch lange Reihe von Lebensjahren haben, wenn  
sie rechtzeitig den Rathschalft suchen, sich in eine Heil-  
anstalt aufnehmen zu lassen. Millionen von Mitgliedern  
der arbeitenden Klasse ist dies durch Krankenversicherungs-  
gesetzes möglich gemacht. Die Versicherungsanstalt über-  
nimmt in Fällen, in denen eine Heilung zu erwarten  
ist, nicht nur die Heilkosten für die Kranken, sondern  
sie kann sogar die Familien der Kranken unterstützen.

Wer ungenügend ist, soll aber auch seine Art, zu  
leben, mit Rücksicht auf sein Leiden vernunftgemäß ge-  
halten. Wie aber lebe ich denn vernunftgemäß?  
Sagt so mancher Lungenfranker, und in der That  
findet man leider seinen populär gehaltenen Lehrenden  
Rathschalft. Die insbesondere den weniger Bemittelten  
zugänglich gemacht werden. Es ist deshalb ein Verdienst  
der „Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter in  
Leipzig“, daß sie besonders den Lungenkranken  
den Rathschalft nicht nur in der Heilung und treffliche Rath-  
schalft für Lungenfranker in allen Stadien der Be-  
völkerung zu verbreiten sucht. Das Büchlein giebt  
folgende Rathschalft:

„Nimm, liebe Luft! ist das erste Gebot des  
Lungenfranken. In welcher soll möglichst auch seine  
Wohnung gehalten sein, die er vernunftgemäß, also in den  
höchsten und nicht in den dichtbesetzten und  
mit verdünnter Luft angefüllten Gassen der Stadt  
suchen soll. Der vernunftgemäßere Weg von der Wohn-  
ung bis zur Arbeitstätte ist weit weniger nachtheilig,  
als eine im mangelhaften Luft befeuchtete Wohnung.  
In dieser soll aber heisse es: Lüften! Lüften an  
Tag und Nacht, in der Nacht, wobei der Lungenfranker  
nur darauf zu achten hat, daß er sich des Nachts nicht  
der unmittelbaren Einwirkung der kalten Luft aussetzt.“

„Nimm, liebe Luft! — so viel Dein Geschick es  
gestattet, ist das zweite Gebot! Nur such' Dir dabei  
Eute aus, die vor dem scharfen Wunde möglichst ge-  
schützt sind.“

„Nimm, liebe Luft! ist das dritte Gebot. Die

aber findet man überall dort, wo viele Menschen sich  
ansammeln. Die Luft in Theatern, in Konzertsälen,  
in Bierhallen, vor Allem aber in Tanzlokalen ist Gift  
für Deine erkrankten Lungen! Sie ist zu meiden,  
wenn Du es wohl mit Dir selbst meinst.“

„Waschen und bedecken! — das sind zwei Gebote,  
die der Lungenfranker recht häufig erfüllen soll. Für  
ihm ist die Hautpflege von der allergrößten Bedeutung.  
Tägliche Waschung des ganzen Körpers, regelmäßiger  
Gebrauch von Bädern — kurz andauernde kalte Voll-  
oder Brustbäder im Sommer — härten auch den  
Körper des Lungenfranken gegen für ihn doppelt nach-  
theilige Witterungseinflüsse ab. Hand in Hand mit  
der Hautpflege aber muß eine energische Mundpflege  
gehen. Täglich mehrmalige Ausspülung des Mundes  
mit Wasser, kräftiges Putzen der Zähne mit einer  
Bürste, die indeffen nie von anderen Personen benutzt  
werden darf — Beides wird viel zum Wohlbefinden  
des Erkrankten beitragen.“

Bei den Mundspülungen sei zugleich des Auswurfs  
gedacht. Seine Vernichtung ist die erste Pflicht des  
Lungenfranken, auf die er mit Rücksicht auf sich selbst  
wie auf seine Mitmenschen bedacht sein muß. Denn  
der Auswurf enthält die Krankheitskeime, die sich  
außerordentlich leicht verbreiten, wenn sie nicht ver-  
nichtet werden. Dies geschieht, indem für das Aus-  
werfen besonders eingerichtete Spuckfläschchen oder mit  
Wasser halb gefüllte Zucknapfe benutzt werden. Der  
Inhalt beider ist dann thunlichst durch Feuer  
zu vernichten. Nur, wo dies garrnicht zu er-  
möglichen ist, muß der Inhalt sorgfältig in den  
Abort geschüttet werden. Jedes Auswerfen auf den  
Fußboden der Wohnung oder der Arbeitsstätte, ja selbst  
auf Wegen und Straßen führt die Gefahr weiterer  
Ausbreitung der Lungenkrankheiten herbei.

„Was soll der Lungenfranker essen und trinken?“  
Die Antwort darauf ist: Die Nahrung lungenkranker  
Personen braucht, wenn ihre Verdauungsorgane gesund  
sind, keine andere Zusammensetzung zu haben, als die  
im Allgemeinen empfehlenswerthe. Sie muß sowohl  
Einwickstoffe (Mehl, Fett, Milch, Kalbfleisch,  
Schweinefleisch, mager, Schafsch, Heringe, mariniert,  
Eier, Magerkäse, Erbsen u. s. w.) als Fett in genügen-  
der, letzteres sogar in möglichst reichlicher Menge ent-  
halten; besonders zu empfehlen ist der Genuß von ab-  
gekochter Milch. Alle Einseitigkeit in der Nahrung

ist zu vermeiden. Im Trinken aber ist die allergrößte  
Mäßigkeit zu beobachten. Die gänzliche Enthaltbarkeit  
von geistigen Getränken ist für den Lungenfranken das  
beste Heilmittel!

„Geh' jedem Staub aus dem Wege!“ ist das  
nächste Gebot. Der Lungenfranker wird also diejenigen  
Beschäftigungsarten, bei denen eine starke Staubent-  
wickelung verursacht wird, meiden müssen! Er muß  
sie selbst noch meiden, wenn er genesen ist, denn  
mit der Rückkehr in die schädliche Beschäftigung kehrt  
auch nur zu leicht die Lungenkrankheit zu ihm zurück.  
Der Lungenfranker soll deshalb unter allen Umständen  
eine solche Beschäftigung zu erlangen suchen, bei  
welcher er nicht genöthigt ist, staubhaltige Luft einzu-  
athmen. Am verderblichsten ist der feine Stein- und  
Stahlstaub, der Staub von Holzbearbeitungsmaschinen,  
von Wolle, Baumwolle, Leinen und Federn, von  
Mehl u. s. w. Ist das Einathmen solchen Staubes  
nicht ganz zu vermeiden, so hat der Lungenfranker einen  
Respirator zu benutzen oder allermindestens während  
der Beschäftigung in mit solchem Staub erfüllter Luft  
ein feuchtes Tuch vor den Mund zu binden.

„Erfalte Dich nicht!“ Diese Mahnung ist leichter  
zu befolgen, als der Laie denkt. Gerath der Lungen-  
franker in Schweiß — wovon er sich hüten soll — so  
soll er mit einem rauhen Tuche Nacken und Brust stark  
frottieren. Hat er sich aber erkältet, so soll er sofort eine  
Schwitzkur im Bett unternehmen, der er am zweck-  
mäßigsten eine kräftige Abreibung unter der Bettdecke  
mit raschem Wechsel der Leibwäsche folgen läßt.

Zu den Pflichten, die der Lungenfranker sich selbst  
gegenüber hat, gehört die Pflicht gegen Andere.  
Er hat deshalb im Zusammenleben mit Anderen die  
größte Vorsicht walten zu lassen, namentlich im Ver-  
kehr mit den Mitgliedern der eigenen Familie.

Das sind die wesentlichsten Rathschalft deren  
strikte Befolgung wohl leichter zu empfehlen ist, als sie  
von den Leidenden, welche in ihrer großen Mehrzahl aus  
Angehörigen der Arbeiterklasse bestehen und die während  
der Arbeit einen freien Willen nicht haben, befolgt  
werden können. Die Seuche ist eine Folge unserer  
mangelhaften Erwerbsverhältnisse, ihren Nährboden  
findet sie in der Ueberarbeit und Unterernährung des  
werkthätigen Volkes, und so lange hierin eine Wendung  
zum Besseren nicht zu verzeichnen ist, werden die aller-  
best gemeinten Rathschalft wirkungslos bleiben.

Arbeiter öffentlich gebrandmarkt. Dieses System hat die höchste Erbitterung hervorgerufen, und so Manchen, der wohl im Begriffe stand, wankelmützig zu werden, wieder fest gemacht. Aber auch die Erkenntnis der Nothwendigkeit, einer Organisation anzugehören, ist bei den hiesigen Arbeitern gestiegen. Die Gewerkschaften haben bedeutend an Mitgliederzahl gewonnen; auch haben Verschiedene, welche starke Anhänger der Lokalorganisationsform waren, eingesehen, daß diese, wenn auch sonst gut fundirt, dem starken Aufsturm des zentralisirten Kapitals nicht gewachsen sind. Ein guter Erfolg war, daß der hiesige Verein der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit 320 Mitgliedern sich als Zahlstelle unserem Verbands angeschlossen. Auch die stärkste Organisation: Heusenbergs, der Werftarbeiterverein, schloß sich seiner Zentralorganisation an. Von unserer Zahlstelle sind ebenfalls 33 Mitglieder am Streik theilhaftig; noch kleiner davon ist in die Pforten der Werft als Berater an seinen Klasseninteressen gegangen. Kollegen und Kolleginnen allerorts, Ihr seht, daß, nachdem man die Arbeiter unschuldig entlassen, es ihnen durch die schwarzen Listen auch unmöglich gemacht wird, anderswo Arbeit zu erhalten. Es wird nun von ihnen verlangt, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Dies können und thun sie aber nicht! Daß der Ausstand für uns günstig verlaufen wird, beweist die Haltung der Ausständigen, denn zielbewußter ist wohl selten von Arbeitern ein Kampf geführt worden. Aber zu diesem Kampfe gehört Munition, und deshalb richten wir an Euch alle die Bitte: „Gedenkt der ausgesperrten Werftarbeiter, geduldet deren Frauen und Kinder! Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, thut Euer Möglichstes, denn unser Sieg ist auch der Eure!“

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Am 7. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung, in der Kollege Schumann über den Niedergang des Handwerks referirte. Redner führte aus, daß das Großkapital den Handwerkerstand immer mehr aufzue und engeiere, sodas lehterer, um sein Scheideweisen noch einigermaßen füttern zu können, zu einer verheerenden Verheerungszüchterei seine Zuflucht nehme. Im gleichen Sinne äußerten sich noch mehrere Redner. Im folgenden Punkte: „Vereinbaugelegenheiten“, wurde zunächst über das Vereinsstatut gesprochen, das Resultat war folgendes: Der Verein hält jeden zweiten Donnerstag seine Versammlungen bei Adolf Hamann, Palisadenstraße 3. ab. Im gleichen Lokale wird eine Stelle für Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge errichtet, eine zweite bei Alb. Seidel, Gerichtsstraße 19, die dritte bei Franz Meinert, Müllerstraße 7a. Nachdem noch Klärung gegeben, warum wir uns dem Verbands angeschlossen, schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung.

**Zeichenhorst.** Sonntag, den 23. August, fand in Meelen's Saal unsere regelmäßige Versammlung statt, in welcher, nach dem einige Aufnahmen vollzogen, Kollege Mehr Bericht über die letzte Sitzung der Karte: Kommission erstattete. Unter Punkt 2 kam ein neuer 2. Bevollmächtigt in Vorschlag, da der seitherige, Kollege Schriess, Umstände halber seinen Posten niederlegen mußte. Als sein Nachfolger wurde Kollege Hartmann bestimmt. Der dritte Punkt bestand in Verlesung der Statuten. Dieser Punkt war bald erledigt, da sich Verlesung und Diskussion auf § 12 beschränkte. Im Fragekasten war die Frage enthalten: „Wann können wir eine Agitationsstour zu Gunsten des Verbandes unternehmen?“ Die Versammlung entschied, eine Agitationsstour nach Hude zu unternehmen und zwar am 13. September. Ferner wurde die Abhaltung eines Sitzungslestes beschlossen.

**Gimsbüttel.** Am 30. August tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Den Bericht vom Verbandstage erstattete Kollege Greiß, Hamburg, und erledigte sich derselbe seiner Aufgabe in recht verständlicher Weise. Sodann erstattete Kollege Hüfmeier Bericht über die am 22. August stattgehabte öffentliche Versammlung der Brauereihilfsarbeiter, betreffend den Anschluß an den Brauerverband, und Austritt aus dem Fabrikarbeiterverband. Hieran schloß sich eine heftige Diskussion, in welcher alle Redner betonten, daß die Brauereihilfsarbeiter nicht in den Brauerverband gehören, und zwar deshalb nicht, weil die Arbeit in einer Brauerei von sehr zweifelhafter Dauer ist und die Arbeiter täglich, ja stündlich in die Lage kommen können, daß sie ihre Arbeit dabeist verlieren, und daß dann, wenn sie andere Art von Arbeit annehmen müßten, der Brauerverband nicht mehr für sie eintreten könne und würde, während der Fabrikarbeiterverband ihr alle Kategorien von nicht gelehrten Arbeitern eintrete. Nach dem Bericht Hüfmeiers hätte es den Anschein, als wenn die Brauer einen Streit in Szene setzen wollen und dazu die Hilfsarbeiter gebrauchen. In Erkenntnis dieser Thatsachen wurde von den Brauereihilfsarbeitern folgende Resolution einstimmig angenommen: Sie am 30. August im Lokale des Herrn Strunk tagende Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Gimsbüttel des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erklärt sich gegen den Beschluß der öffentlichen Versammlung der Brauereihilfsarbeiter, welcher den Austritt aus unserem Verbands und die Bildung einer Sektion des Brauerverbandes bezweckt. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die betreffenden Kollegen in die Reihen der nicht gelehrten Arbeiter gehören, tagtäglich in die Lage gerathen können, ihre Arbeit zu wechseln, und deshalb in dem Fabrikarbeiterverband zu verbleiben haben. Die Brauereihilfsarbeiter der hiesigen Zahlstelle werden daher dem gegenseitigen Beschluß mit Folge geben. — Hierauf trat Schluß der Versammlung um 2 1/2 Uhr ein.

**Gimsborn.** Die Mitglieder-Versammlung, tagend am 6. September, nahm Stellung zum Anschluß an den Arbeiterbund. Von mehreren Rednern wurde der Anschluß warm empfohlen. Der Antrag ist auf 10 Mk. pro Vierteljahr festgesetzt und wird ab 1. Oktober erhoben. Nach längerer Debatte wurde der Anschluß einstimmig beschlossen. Zu der am 4. Oktober in Hamburg stattfindenden Konferenz wird Kollege W. Fingelberg als Delegirter entsandt werden. Dem Kollegen Schuhmacher wird der Vorwurf gemacht, am Bau der Realschule den Interessen der Streikenden entgegengehandelt zu haben; derartige Vorgehen sollen demselben mehrere zur Last fallen, sodas die Versammlung einstimmig den Ausschluß dieses „Kollegen“ beschloß. Eine aus zehn Kollegen bestehende Agitations-Kommission erhält den Auftrag, vierteljährlich eine Hausagitation zu veranstalten.

**Sicherheim.** In der am 1. September stattgefundenen Mitglieder-Versammlung erstattete Kollege Giersch Bericht über den Verbandstag in Hamburg. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten sowie mit dessen Vorschlägen auf dem Verbandstage vollkommen einverstanden, insbesondere bezüglich der Abänderung über § 2c des Verbandsstatuts. In diesem Paragraphen heißt es: „Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Durch

die Abänderung sei dieser Satz gestrichen worden; er (Giersch) habe natürlich gegen die Streichung gestimmt. Red. Lehmann erklärte die Streichung dieses Satzes für einen Akt von der Behörde und dem Unternehmern. Wenn die Majorität des Verbandstages vielleicht geglaubt habe, die Behörde würde demnach den Verband nach Belieben schalten und walten lassen, so werde die Entscheidung ganz gewiß nicht ausbleiben; die Behörde wird nach wie vor sich in den allermeisten Fällen auf die Seite des Unternehmern stellen, einzelner, ob dieser Satz im Statut enthalten sei oder nicht. Letztere hatte unbedingt streichen lassen schon der Majorität halber, denn in demselben ist kein Grund und kein Grund absehbar, was der Verband bezweckt. Die organisirte Arbeiterschaft hat ihren Gewinn frei ins Gesicht gefaßt, was sie will. Redner verlangt eine Urabstimmung darüber, ob die Zahlstellen mit der Streichung des betr. Satzes einverstanden sind oder ob derselbe wieder eingefügt werden soll. Die Versammlung beschloß letzteres und löste sich nach unserer Zahlstelle wegen des betr. Punktes ab. Nachdem noch Koll. Giersch die Versammlung zu wachsamem Aushalten und fleißigem Agitieren aufzufordern hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** In der Mitglieder-Versammlung am 12. September hielt Genosse A. Leung einen Vortrag über die „Zukunft der deutschen Gewerkschaften“, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Er werden in nächster Zeit, falls der Raum des „Proletariats“ es gestattet, einen eingehenden Bericht bringen. Referent berührte auch die Tr. Schwarz'schen Vorkämpfe, mit denen er sich nicht einverstanden erklärte konnte. Ein weiterer Punkt war ein Brief des Kollegen Bren, den Kollege Bernhard nicht verstehen konnte, aus dem aber hervorging, daß Kollege Bren unseren Bericht und die Resolution, die in der letzten Versammlung vom 29. August gefaßt wurde, nicht veröffentlichen könne und er uns ersuchte, wir möchten dieselbe wieder zurückziehen. Kollege Bernhard ersuchte die Anwesenden, sie möchten sich darüber äußern. Kollegen Fleming und Lang waren der Meinung, wir sollten die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, aufrecht erhalten. Wir hätten dieselben nach reiflicher Ueberlegung gefaßt und seien vollst. berechtigt. Kollege Bernhard führte aus: das Schreiben des Kollegen Bren konnte ihm sonderbar vor, zudem die Generalkommission fast der gleichen Ansicht sei, wie die Frankfurter Zahlstelle. Auch seine Verächtlichkeit gegenüber der Generalkommission sei sehr unglücklich ausgefallen (So? Ich habe ja gar keine Einsicht! M. B.), wenn er meinte, die Notiz der Generalkommission sei geeignet, zu Auseinandersetzungen im Verbandsveranlassung; zu geben und die Agitation zu hemmen. Bis jetzt sei es bei uns doch noch Brauch gewesen, daß man an den Beschlüssen des Verbandstages Kritik geübt habe, solle dies auf einmal nicht mehr sein und hier wäre eine scharfe Kritik am Plage, so sehr das bald aus, als achte man unsere Mitglieder nicht für fähig, sich selbst ein Urtheil zu bilden. (Die Verächtlichkeit wurde doch wohl aus anderen Gründen abgesehen! M. B.) Deshalb stellte er nochmals den Antrag, unsere Resolution aufrecht zu erhalten. Derselbe wurde wieder einstimmig angenommen. Kollege Bernhard erklärte hierzu, daß ihm heute erst die Nr. 26 des Korrespondenzblattes vom 17. August zugegangen wäre, in welcher die betreffende Notiz von der Generalkommission geblieben habe, also für uns die Befreiung des Kollegen Bren hinsichtlich sei. Nachdem noch die Kollegen auf die Protokolle, von denen sich jeder ein Exemplar anschaffen solle, aufmerksam gemacht wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, am Sonntag, den 13. September. Da die Zahlstelle augenblicklich keinen Schriftführer hat, so wird Nagel, welcher vordem Schriftführer des Vereins der Mauersteinarbeiter war, bis zu dem im Oktober stattfindenden Vorschlag der Bevollmächtigten und Redner zum Schriftführer ernannt. Betreffs des Uebertritts der Mauersteinarbeiter zum Verband bemerkte Kollege, daß 67 Mauersteinarbeiter übertreten sind. Hüfmeier legt letzteren ans Herz, rege zu agitieren, damit die nicht anwesenden Mauersteinarbeiter auch mit übertreten. (Der Verein zählte ca. 150 Mitglieder. Der Schriftf.) Sie hätten unbedingt die bet. Organisation gewählt, sie sei entschieden die geeignetste für sie. Redner weist dann noch darauf hin, daß wir unsere Frauen auch mit aufnehmen lassen müßten, damit dieselben an den Versammlungen theilnehmen könnten, sie würden dann auch mehr und mehr angezogen werden und manche Frau würde dann auch mehr Sympathie für unsere Sache zeigen, als dies bis jetzt der Fall gewesen sei, denn es gäbe jetzt noch viele Frauen, die ihrem Manne Vorwürfe machten, wenn er einem Verein angehören oder zu Versammlungen gehen wolle. Hieran begrüßt die Mauersteinarbeiter als neue Mitglieder und hofft, daß sie erhalten werden an ihrer jetzigen Organisation im Frieden wie im Kampfe mit dem Unternehmern. Reich stellt den Antrag, die vom früheren Verein der Mauersteinarbeiter errichteten Zahlstellen fernherhin bestehen zu lassen, zur Aufnahme wie zur Beitragsentrichtung. Nach längerer Debatte, in welcher Greiß hauptsächlich betont, daß die in Winterhude, Gipsendock und Hochburgstraße wohnenden Mauersteinarbeiter eigentlich zu den dortigen Zahlstellen übergeschrieben werden müßten, in Anbetracht dessen aber, daß sämtliche Mauersteinarbeiter schon geschlossen einer Zahlstelle angehören wollen, von einer Ueberbeschreibung zu einer anderen Zahlstelle abzusehen sei, wird der Antrag angenommen. Weil wendet sich gegen Hüfmeier, weil derselbe behauptet hätte, daß die Brauereihilfsarbeiter aus unserem Verband hinaus müßten, worauf Hüfmeier und Greiß erwidern, daß der Vorstand laut Resolution und Kartellbeschlus genügt gewesen sei, die Ueberbeschreibung der Brauereihilfsarbeiter vorzunehmen. Wer von ihnen trotzdem in unserem Verbands bleiben wolle, der solle dies herzlich gerathen ihm. Greiß bemerkt, daß auf den von den Mauersteinarbeitern vertheilten Flugblättern, die Sperre über Saggau und Stahl betreffend, seitens der Lohnkommission ein Fehler gemacht sei, indem es dort ansieht Mevold u. Scholle: Mevold u. Jahn heißen müßte. Die Flugblätter hätten aber ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Gewerkschaften Fortmann u. Behre lasse ihren Leuten nicht mehr bei Saggau den Lohn ausbezahlen, es geschehe dies jetzt im Kontor der Firma. Kubloff berichtet, daß Stahl zu ihm gekommen sei, um zu beweisen, daß seitens der Lohnkommission das in dem Flugblatt gegen ihn Gesagte widerwärtig wäre, widrigenfalls er Andlos als den Verleger des Flugblatts verklagen werde. Durch letzteres sei er in seiner Wirtschaft sehr geschädigt worden, denn die meisten Kaufher und Speicheralbeiter, die sonst bei ihm verkehrt hätten, seien ihm jetzt fern geblieben. Uebrigens sei er die betreffende Arbeit wieder los geworden und werde auch keine Mauersteinarbeit wieder übernehmen. Würde die über ihn verhängte Sperre nicht aufgehoben, so müßte er seine Wirtschaft zumachen. Es wird beschlossen, daß die Lohnkommission am Montag, den 14. September, eine Sitzung abhalten und Stahl zu derselben einladen soll. Greiß erklärt, daß der Streikfonds bis auf 7 Mk. zusammengekommen sei, von einer weiteren Unterstützung derjenigen Kollegen, welche in Folge der Sperre bei Saggau die Arbeit niederlegten, daher abgesehen werden müsse. Ein Antrag von Reich, daß die Liquidationskommission der Lohnkommission die vorhandenen Gelder zur weiteren Unterstützung der betreffenden Kollegen überweisen möge, wird angenommen. Dann kommt die Sache vom Vize Hr. Förrier zur Sprache, der seinen Leuten nach vollendeter Arbeit 5 Pfg. pro Mille vom Lohn für seine Bemühungen abziehen wolle. Als die Leute sich dies nicht gefallen ließen, nahm er sie nicht wieder in Arbeit. Da jedoch der betreffende Mauermeister, für den die Arbeit geschah, verlangt hat, daß dieselbe von den Gewerkschaften weiter vertrieht werde, und am 14. September erst wieder eine Ladung Steine für ihn gelöst wird, so wird

abgemartelt sein, ob Förrier sich bei ihnen noch zu Gemuth regellen werde beschließen wird. Das ist, so weit die am Mittwoch, den 11. September, in der „Memoria“ stehende Beschlusung sich mit der Sache weiter beschließen. Zum Schluß hirtel Kollege nach, die fest ermittelte Beschlusung recht schnell zu beschließen.

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung des Vereins der Mauersteinarbeiter am Sonntag, den 13. September. Vizepräsident hebt nochmals die Vorträge der Zentralorganisation hervor. Dann vermahnt er sich gegen die Beschlüsse des Referenten der Helfer im Gewerkschaftskartell, Hoffmeier, und weist denselben Unkenntnis von der ganzen Sache vor. Reich glaubt, daß die Bauarbeiter uns auch gern in ihren Verband aufgenommen hätten und daß es ihnen nicht recht sei, daß wir den Verband der Fabrikarbeiter betreten. Er meint aber, daß der Bauarbeiter selbst in diesen Verband hinein gehören. In Berlin, Hamburg und einigen anderen größeren Städten seien sie nicht leicht das ganze Jahr hindurch an Punkten beschwungen, in den Provinzialstädten dagegen seien sie die meiste Zeit anderweitig beschäftigt, und zwar größtentheils in Fabriken. Dann bemerkt Redner, daß die Unternehmer und Kapitalisten davon und Zahl sich durch die von uns verbreiteten Flugblätter in ihren Wirtschaften geschädigt fühlen. Stahl habe daraus gedragt, daß wir das in dem Flugblatt gegen ihn Gesagte widerwärtig sollten. Da unser Verein sich doch auflösen und zum Verband der Fabrikarbeiter übertreten will, so wird über diese Angelegenheit nicht weiter diskutiert, sondern zu der nach Schluß unserer Versammlung stattfindenden Versammlung der Fabrikarbeiter verabschiedet. Ebenso wird die Mauersteinarbeiter mit dem Vize Hr. Förrier, der seinen Leuten 5 Pfg. pro Tausend vom Lohn abziehen wolle, wie er sagte, für seine Bemühungen. Sodann weist Greiß noch darauf hin, daß der Verband der Fabrikarbeiter der geeignetste für uns sei. Der Verband der Bauarbeiter habe nie unsere Interessen vertreten, weshalb die Mitglieder auch nach und nach alle von demselben abgefallen seien. Er stellt den Antrag, daß wir alle, so wie wir hier verabschiedet sind, zum Verband der Fabrikarbeiter übertreten. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hieran bringt der Kassier Buselow seinen Abschlußbericht. Der Bestand im Juli war 104,30 Mk., die Einnahme im August 18,50 Mk., Summa 122,80 Mk. Die Ausgaben im August betragen im Insaesamt auf 49,15 Mk., somit bleibt ein Bestand von 73,65 Mk. Reich beantragt eine Liquidationskommission von drei Mann zu wählen, was auch angenommen wird, und werden Buselow, Greiß und Lecker hierzu gewählt. Ferner stellt Reich den Antrag, die Gelder und Utensilien des Vereins der späteren Sektion der Mauersteinarbeiter zur Verfügung zu stellen, welcher ebenfalls angenommen wird. Dann erwähnen Hüfmeier und Reich die Anwesenden, dem Verbands der Fabrikarbeiter besser tun zu bleiben, als dies beim Verband der Bauarbeiter geschehen sei. Hieran beantragt Greiß, den Verein aufzulösen, was einstimmig angenommen wird. Die Versammlung schließt mit einem brausenden Hoch auf unsere zukünftige Organisation.

**Damm.** Die am 8. September tagende Versammlung nahm eine Darlegung des 1. Bevollmächtigten über Ursache und feineren Verlauf der Ausperrung der Arbeiter auf der Heusenburger Werft entgegen, mit der die Ausforderung einer pflichtgemäßen Unterstützung der kämpfenden verknüpft war. Nach Erledigung des Kartellberichtes wurde Kollege Thomsen zum Delegirten zur Hamburger Konferenz gewählt. Zur Arrangirung eines Zehnversteiles wurde ein aus 3 Personen bestehendes Komitee gewählt.

**Kellinghusen.** Die am 2. September stattgefundene Versammlung nahm den Bericht vom Kartell entgegen, und wurde derselbe bis auf einige in nächster Versammlung zu entscheidende Punkte angenommen. Zur Konferenz in Hamburg ward Kollege Liegner entsandt. Die Versammlung regte an und unterbreitete es der Konferenz zum Beschluß, daß in Zukunft die Zinsgelder für die entlassenen Kollegen von der Konferenz sowohl festgesetzt als ausbezahlt werden. Dann wurde die Versammlung durch einen Fragezettel veranlaßt, Stellung zur Wahl eines unparteiischen Vizepräsidenten zu nehmen, da der jetzige ein Verbandsmitglied ist und den Arbeitern zwei Herbergen zur Verfügung stehen. Die endgiltige Entscheidung hat die nächste Versammlung zu treffen.

**Kägerdorf.** In der Verbandsversammlung vom 8. Sept. wurde das Andenken des verstorbenen Verbandsgenossen Cellrich durch Erheben von den Sigen geehrt. Hieran gab Kollege Koch einen mit Beifall aufgenommenen Bericht vom Verbandstage. Während der Rede gingen 5,74 Mk. zur Deckung der Kosten ein, während der Angehörten 11 Mk. erhielt. Zum Beschluß findet am 27. September unter Stützungsfest statt. In die Kommission wurde an Stelle Herr's Kollege Eric gewählt. Kollege Adel behältigte jedoch, daß ihm während seiner Krankheit durch Kollegen Dinske 42,65 Mk., von dem Kollegen gesammelt, zugeföhrt seien. Auf Antrag des Kollegen Meyer ward beschlossen, daß Mitglieder, welche in dem Chlonschen Lokale verkehren, in Zukunft als aus dem Verbands ausgeschlossen zu betrachten seien. Zwei in der Rosenstraße 12 wohnende Einlogirer erklärten, in gewisser Weise verkehrt zu haben, was den Kollegen Koch und Zehle, auf Veranlassung zur Kritik dieser Handlungswiese gab. Der Antrag, eine Boykott-Kommission zu wählen, wurde abgelehnt. Der noch schwebende Verbandsprozeß soll weitergeführt werden.

**Möhen.** Am Sonnabend, den 6. d. M., fand im Lokale des Herrn Kalver zu Wankens unsere erste außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Bestehen der Zahlstelle Dudenhuden und Umgebung hat. Nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Brief des Kollegen Hüfmeier aus Hamburg vorgelesen und die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung angesetzt, in der ein auswärtiger Referent über: „Zweck und Ziele unseres Verbandes“ Vortrag halten soll. Zum Schluß erwähnte Kollege Carl die Anwesenden an ihrer heiligen Pflicht, thätigkeit für den Verband zu wirken, denn je größer der Mut, um so fester sei das Ziel.

**Rothenburgsdorf.** Am 17. September tagte im „Marienhof“, Ganser Reich, unsere Mitglieder-Versammlung. Der 1. Bevollmächtigte Zinkenwälder trug dem Wunsche der vorigen Versammlung Rechnung zu tragen, indem er der Agitations-Kommission gedankt. Ein Bericht sei nicht zu erbringen, weil eben aus Mangel an Mitteln keine Agitation betrieben wäre. Er habe jedoch Plakate drucken lassen, welche, in den vertheilten Lokalen ausgehängt, neue Mitglieder heranziehen sollten. Dies sei vor der Hand alles, was geschehen könne. Darauf ward als dritter Bevollmächtigter Kollege Zinkenwälder einstimmig in Vorschlag gebracht. Zu Punkt 1 sprach der Referent, Genosse Meyer, zu seinem Vortrage das Wort. Derselbe sprach über „Die kapitalistische Produktion“ und entwarf der Versammlung ein überaus klares Bild über die verschiedenen Manipulationen des Kapitalismus und deren Wirkungen für die Arbeiter. Er schloß mit einem warmen Ruf an die gesammten Arbeiter, sich zu einander zu halten. Zu Punkt 2 kam Kollege Hüfmeier als Referent in Vorschlag. Zudem nun zum 3. Punkt übergegangen ward, entsand sich eine ziemlich heftige Diskussion, betreffend die Beschlüsse des Hamburger Verbandstages. Kollege Zinkenwälder machte den Delegirten den Vorwurf, er könne nicht zu verantwortlichen Bauheit das große Arbeitspensum behandeln zu haben. (Gegen diesen völlig unbegründeten Vorwurf auch nur ein Wort der Widerwehr zu schreiben, hieße unzureichend auf dem Verbandstage als Delegirte erschienenen Kollegen beleidigen. M. B.) Vor allem tabelte er das Verhalten des Kollegen Zick, welcher nicht dafür eingetreten sei, daß das zum Streik in der Norddeutschen Reichsbahn ver-

und über den Antheil patriarchalisch gesinnter Unternehmer und Fabrikbeamten, wie sie der Erfurter Beamte veranstaltet hat, würde ihm ganz andere Ergebnisse und Schlüsse aufdrängen. Aber soweit reicht das sozialpolitische Verständnis in Sachsen nicht.

Die Zahl der erwachsenen Arbeiter ist um 5% gestiegen. Die Arbeitszeit wird durch den Maximalarbeitsstag der Arbeiterinnen beeinflusst und lässt das Verlangen nach Verkürzung deutlich erkennen, besonders in den Großstädten, wo in der Mehrzahl der Sechsstundentag, und vereinzelt die 9 1/2 und 9stündige Arbeitszeit herrscht. Der Achtstundentag, freilich in ununterbrochenem Betriebe mit Schichtwechsel, ist in einer Leipziger Spigenfabrik und in einer Dampfziegelei eingeführt. Die längste Arbeitszeit herrscht in der Regel in Ziegeleien, Mühlen, Papier- und Zuckerraffinerien und in den Brauereien, in denen auch mehr oder minder regelmäßige Nachtarbeit zu finden ist. Mit Ueberstunden wurde besonders in der Maschinenbranche gearbeitet. Von besonderem Interesse war im Berichtsjahre die Durchführung der Sonntagsruhe, über welche allseitig befriedigende Resultate erzielt wurden. Bei den zahlreichen landesrätlichen und oberbehördlichen Maßnahmen kann dieses Ergebnis freilich wenig bescheiden, noch weniger aber angesichts der überaus zahlreichen Ausnahmen, die die Unterbehörden nach § 105 f bewilligt haben. Natürlich fehlt es über diese Bewilligungen an jeder einheitlichen Uebersicht, aber das Maas behördlichen Entgegenkommens wird erkennbar, wenn wir sehen, daß im Bezirk Döbeln 19221 Stunden, im Bezirk Zwickau gar 31426 Stunden Sonntags bewilligt wurden, in letzterem Bezirk sogar wegen besonderer Sedanfeierlichkeiten und wegen einer Arbeitseinstellung infolge von Lohnrückstellungen (5). Den Mangel einer Lohnstatistik haben wir bereits erwähnt, nur wenige Berichte enthalten ein höchst spärliches und wenig geordnetes Material, das manchmal die außerordentliche Niedrigkeit der Löhne, manchmal aber auch das Gegenstück beweisen soll. Den höchsten Stundenlöhnen von 45 Pfennig im Bezirk Jena sehen Wochenlöhne von 5-8 Mark im Bezirk Naun, ja von 2-4 Mark im Bezirk Nahe gegenüber, die uns zur Genüge einen Begriff vom tatsächlichen Elend geben. Angelegliche Abzüge und Strafen werden mehrfach in den Berichten konstatirt, so bei einer Volksschule, selbst in Fabriken mit elektrischem Lichte, und Geldstrafen für zerbrochene Scheiben, deren Wiederherstellung nicht erreicht werden kann.

Es war wenig objektiv die Schlichterhaltung über Arbeiterangelegenheiten seitens der Leipziger Beamten, der in 11 seiner Auswärtigerichte fast überall die Auswärtigen mit Vorwürfen und abbrechenden Beziehungen überhäufte und sie als Aufrührer, Agitatoren, Widerständler, Säbner u. dgl. hinstellte. Gerade diese Berichte führen offenbar von Seiten der Arbeitgeber eine unangenehme Arbeiterverehrung her, aber die Berichte der Arbeitervereine über die unparteiliche Stellung des Fabrikarbeiters vertritt. Und gerade der

Leipziger Beamte sollte beflissen sein, sich durch strengste Sachlichkeit das Vertrauen der Arbeiter zu sichern, nachdem den Leipziger Arbeitern durch ministeriell bestätigten Entschieden das Vermittlungsglied der gewerkschaftlichen Beschwerdekommision verweigert worden ist. Das Verhalten dieses Beamten ist bezeichnend für den Geist der berufenen Hüter des Arbeiterschutzes im Jahre des Heils der sächsischen Wahlrechtung.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 13716, davon 96 tödtliche; dazu kamen im Bergbau 4442, wovon 36 mit tödtlichem Ausgang waren. Gegen das Vorjahr ergab dies eine Steigerung um 8,3%. Die Berichte über Betriebsmängel und gesundheitschädliche Einflüsse enthalten uns einen stetigen, fast aussichtslosen Kampf der Aufsichtsbeamten gegen das profitwütige, rückwärtsloje Unternehmertum. Auf die zweifelhaften Schöpfungen der Wohlfahrts-Einrichtungen näher einzugehen, wird uns der Leser gern ersparen; das hiesse auch den ohnehin in den Berichten über das Vorkommen gepriesenen fragwürdigen Gebilden zu große Ehre erweisen. Die außerordentliche, vom Reichskanzler angeordnete Ziegleruntersuchung, deren Resultate die in der Arbeiterpresse übliche Bezeichnung dieser Betriebe als „Ziegelhöllen“ nur bestätigen können, sei hier nur erwähnungsweise berührt.

## Soziale Mundschau.

— Die industrielle Reservearmee, deren Vorhandensein von unwissenden und von der Vortrefflichkeit der heutigen Ordnung überzeugten Personen bestritten wird, zählt, wie die im Vorjahre vorgenommene Zählung zeigt, nach vielen Tausenden. Allein in Preußen waren dem „Statist. Bur.“ zufolge vorhanden am 14. Juni 1895: 164 504 männliche und 49 375 weibliche Personen, am 2. Dezember dagegen: 386 688 männliche und 166 990 weibliche Arbeitslose. Welches Elend verbringt sich nicht hinter diesen Zahlen! Tausende von arbeitsfähigen Personen finden keine Gelegenheit, ihre Arbeitskraft betätigen zu können, erleiden Noth und Entbehrungen aller Art; und trotzdem irrt sich die herrschende Klasse noch immer, den Weg zu beschreiten, der einzig und allein eine Herabminderung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben würde —: gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Nur durch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit ist der Arbeitslosigkeit und dem daraus sich ergebenden Elend wenigstens in etwas zu wehren. An eine völlige Beseitigung ist, so lange das heutige System besteht, leider nicht zu denken.

— Auf die Lage der ungelerten Arbeiter in Staatsbetrieben wirkt folgende Notiz ein großes Streiflicht: Auf dem Güterboden des Märktischen Bahnhofes in Breslau waren schon seit längerer Zeit Diebstähle vorgekommen. Als von den Geschäftsleuten, welche zum größten Theil die Geschädigten waren, zahlreiche Beschwerden bei der Eisenbahndirektion einliefen, kamen die Diebstehereien heraus. Hund Arbeiter waren die Langfinger; sie wurden verhaftet und hatten sich am

7. September vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Die Betroffenen, größtentheils Familienväter, waren bis zum Jahre 1895 auf dem Güterboden beschäftigt; sie erhielten den glänzenden Gehalt von 1,20 Mk. bis 1,60 Mk. pro Tag, des Sonntags gab es nur halben Lohn. Alle fünf erklärten, daß sie mit diesem Gelde nicht im Stande waren, sich und ihre Familien zu erhalten; die Noth habe sie zu diesen Thaten getrieben, denn bei der schweren Arbeit hätten sie nichts zum Sattessen gehabt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Hartwig wegen vier Diebstähle fünf Jahre Zuchthaus, gegen Webner wegen dreier Diebstähle und Hehlerei in einem Falle vier Jahre und drei Monate Zuchthaus, gegen Joniek wegen Diebstahls in einem Falle und Hehlerei in zwei Fällen ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen Morawiek zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus und gegen Hellwich neun Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß, wenn die Diebstähle sich auch nur auf Objekte geringeren Werthes erstreckt hätten (es waren größtentheils Handschuhe, Wackerhaken, Postentäger u.), so käme hier doch der Begriff des schweren Diebstahls in Betracht. Der Gerichtshof verurtheilte Hartwig zu einem Jahr Gefängnis, Webner ebenfalls zu einem Jahr Gefängnis, Joniek zu drei Monaten, Morawiek zu sechs und Hellwich zu zwei Monaten Gefängnis. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß die Angeklagten bis jetzt unbescholten gewesen wären und ferner der Umstand, daß sie infolge der recht niedrigen Löhne dazu getrieben worden wären. — Der Eisenbahnbetrieb wirft jährlich einen millionenfachen Reingewinn ab. Die höheren Beamten erfreuen sich recht hoher Gehälter, sollte es da nicht möglich sein, für die Hilfsarbeiter Löhne festzusetzen, die diese nicht zum Stehlen verleiten? Wenn man bedenkt, daß ein Mann mit Frau und Kindern mit 7,20 Mk. wöchentlich auskommen, Miete, Steuern, Lebensunterhalt, Kleidung u. s. w. bestreiten soll, so kann man sich nicht wundern, wenn er zum Dieb wird. Gerade die Leute, die mit fremdem Gut umgehen, müssen anständig entlohnt werden, damit sie sich nicht an demselben vergreifen. Die Gerichtsverhandlung hat wieder einmal den Beweis erbracht, wie sehr die staatlichen Betriebe noch davon entfernt sind, als Musterbetriebe gelten zu können. Die Ausnutzung der Arbeiter vollzieht sich nach denselben Grundfäden wie in den Privatbetrieben. Und da zweifelt noch Einer, daß Deutschland nicht in den sozialreformatorischen Bestrebungen von allen Staaten die Führung übernommen hat.

— Der Zustand auf der Hensburger Schiffswerft dauert unverändert fort; schon sind es 9 Wochen, daß 1500 Mann durch die Brutalität des Kapitalismus auf dem Straßenpflaster liegen, doch noch ist der Kampfesmuth unter den Ausständigen ein ausgezeichnetes Merkmal, nur ganz Vereinzelte haben sich zu Streifzügen herabgewürdigt. Das erfreuliche Resultat ist zu verzeichnen, daß eine Anzahl Derjenigen, welche keiner Organisation, auch nicht den patriotischen Vereinen angehören, also von vornherein keine Unterstützung erhalten haben, jetzt ausstehen. Die Werft hat nun durch die berüchtigten schwarzen Listen 527

## Wie soll ein Lungenfranker leben?

Keine von allen Krankheiten fordert so viel Opfer, wie die Erkrankung der Lunge, in Deutschland allein jährlich 150000 Menschen. Und doch würden Vermeidung und Abwendung von denen, die an einem Lungenfrankwerden, noch verhüten höhere Anzahl an Menschen, die durch diese Krankheit sterben, wenn man sich nur ein wenig um die Vorbeugung bemüht. Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte. Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte.

Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte. Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte. Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte.

Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte. Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte. Die Vorbeugung ist die beste Medizin, die man sich verschaffen kann, und die man sich verschaffen sollte.

aber findet man überall dort, wo viele Menschen sich ansammeln. Die Luft in Theatern, in Konzertsälen, in Bierhallen, vor allem aber in Tanzlokalen ist Gift für Deine erkrankten Lungen! Sie ist zu meiden, wenn Du es wohl mit Dir selbst meinst.

„Weichen und bedenken!“ — das sind zwei Gebote, die der Lungenfranke recht häufig erfüllen soll. Für ihn ist die Hautpflege von der allergrößten Bedeutung. Günstige Bedingungen des ganzen Körpers, regelmäßiger Gebrauch von Wasser — kurz andauernde kalte Bäder oder Douches im Sommer — härten auch den Körper des Lungenfranken gegen für ihn doppelt nachtheilige Witterungseinflüsse ab. Hand in Hand mit der Hautpflege aber auch eine energiegelbe Mundpflege gehen. Täglich mehrmalige Ausspülung des Mundes mit Wasser, häufiges Waschen der Zähne mit einer Bürste, die indessen nie von anderen Personen benutzt werden darf — Beides wird viel zum Wohlbefinden des Erkrankten beitragen.

Bei den Mundspülungen sei zugleich des Auswurfs gedacht. Seine Beseitigung ist die erste Pflicht des Lungenfranken, auf die er mit Rücksicht auf sich selbst wie auf seine Mitmenschen bedacht sein muß. Denn der Auswurf enthält die Krankheitserreger, die sich unversehens leicht verbreiten, wenn sie nicht zerstört werden. Dies geschieht, indem für das Auswerfen besonders eingerichtete Spünlöffelchen oder mit Wasser halb gefüllte Strohköpfe benutzt werden. Der Auswurf selber ist dann thätigst durch Feuer zu zerstören. Nur, wo dies gänzlich zu ermöglichen ist, muß der Inhalt sorgfältig in den Abort geschüttet werden. Jedes Auswerfen auf den Boden der Wohnung oder der Arbeitstätte, ja selbst im Garten und Straßen führt die Gefahr weiterer Ausbreitung der Lungenkrankheit herbei.

„Was soll der Lungenfranke essen und trinken?“ Die Antwort lautet: Die Nahrung lungenfranker Personen braucht, wenn ihre Verdauungsorgane gesund sind, keine andere Zusammensetzung zu haben, als die der gesunden Menschen. Sie muß sowohl leicht verdaulich, nützlich, kalorienreich, schmerzlos, mager, schärflos, süßlich, marig, ohne Alkohol, Erbsen u. s. w. als Fett in genügender, letzteres sogar in möglichst reichlicher Menge enthalten; besonders zu empfehlen ist der Genuß von abgekochter Milch. Alle Gerichte, die in der Nahrung

ist zu vermeiden. Im Trinken aber ist die allergrößte Mäßigkeit zu beobachten. Die gänzliche Enthaltensamkeit von geistigen Getränken ist für den Lungenfranken das beste Heilmittel!

„Geh' jedem Staub aus dem Wege!“ ist das nächste Gebot. Der Lungenfranke wird also diejenigen Beschäftigungsarten, bei denen eine starke Staubentwicklung verursacht wird, meiden müssen! Er muß sie selbst noch meiden, wenn er genesen ist, denn mit der Rückkehr in die schädliche Beschäftigung kehrt auch nur zu leicht die Lungenkrankheit zu ihm zurück. Der Lungenfranke soll deshalb unter allen Umständen eine solche Beschäftigung zu erlangen suchen, bei welcher er nicht genöthigt ist, staubhaltige Luft einzuathmen. Am verderblichsten ist der feine Stein- und Stahlstaub, der Staub von Holzbearbeitungsmaschinen, von Wolle, Baumwolle, Leinen und Federn, von Mehl u. s. w. Ist das Einathmen solchen Staubes nicht ganz zu vermeiden, so hat der Lungenfranke einen Respirator zu benutzen oder allermindestens während der Beschäftigung in mit solchem Staub erfüllter Luft ein feuchtes Tuch vor den Mund zu binden.

„Erfälte Dich nicht!“ Diese Mahnung ist leichter zu befolgen, als der Laie denkt. Gerath der Lungenfranke in Schweiß — wovor er sich hüten soll — so soll er mit einem rauhen Tuche Rücken und Brust stark prottiren. Hat er sich aber erkältet, so soll er sofort eine Schwigkur im Bett unternehmen, der er am zweckmäßigsten eine kräftige Abreibung unter der Bettdecke mit rauchem Weizel der Leibwäsche folgen läßt.

Zu den Pflichten, die der Lungenfranke sich selbst gegenüber hat, gesellt sich die Pflicht gegen Andere. Er hat deshalb im Zusammenleben mit Anderen die größte Vorsicht walten zu lassen, namentlich im Verkehr mit den Mitgliedern der eigenen Familie.

Das sind die wesentlichsten Rathschläge, deren strikte Befolgung wohl leichter zu empfehlen ist, als sie von den Leidenden, welche in ihrer großen Mehrzahl aus Angehörigen der Arbeiterklasse bestehen und die während der Arbeit einen freien Willen nicht haben, befolgt werden können. Die Ursache ist eine Folge unserer mangelhaften Erwerbsverhältnisse, ihrer Nährboden findet sie in der Ueberarbeit und Unterernährung des arbeitenden Volkes, und so lange hierin eine Wendung zum Besseren nicht zu verzeichnen ist, werden die allerbest gemeinten Rathschläge wirkungslos bleiben.

Arbeiter öffentlich gebrandmarkt. Dieses System hat die höchste Erbitterung hervorgerufen, und so Manchen, der wohl im Begriff stand, wankelmützig zu werden, wieder fest gemacht. Aber auch die Erkenntnis der Nothwendigkeit, einer Organisation anzugehören, ist bei den hiesigen Arbeitern gestiegen. Die Gewerkschaften haben bedeutend an Mitgliederzahl gewonnen; auch haben Verschiedene, welche starre Anhänger der Lokalorganisationsform waren, eingesehen, daß diese, wenn auch sonst gut fundirt, dem starken Ansturm des zentralisirten Kapitals nicht gewachsen sind. Ein guter Erfolg war, daß der hiesige Verein der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit 320 Mitgliedern sich als Zahlstelle unserem Verbands anschloß. Auch die stärkste Organisation: Hlensburger, der Werftarbeiterverein, schloß sich seiner Zentralorganisation an. Von unserer Zahlstelle sind ebenfalls 33 Mitglieder am Streik theilhaftig; noch Keiner davon ist in die Pforten der Werft als Verräther an seinen Klasseninteressen gegangen. Kollegen und Kolleginnen allerorts, Ihr seht, daß, nachdem man die Arbeiter unschuldig entlassen, es ihnen durch die schwarzen Listen auch unmöglich gemacht wird, anderswo Arbeit zu erhalten. Es wird nun von ihnen verlangt, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Dies können und thun sie aber nicht! Daß der Zustand für uns günstig verlaufen wird, beweist die Haltung der Ausständigen, denn zielbewußter ist wohl selten von Arbeitern ein Kampf geführt worden. Aber zu diesem Kampfe gehört Munition, und deshalb richten wir an Euch Alle die Bitte: „Gedenkt der ausgesperrten Werftarbeiter, gedenkt deren Frauen und Kinder! Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, thut Euer Möglichstes, denn unser Sieg ist auch der Eure!“

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Am 7. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung, in der Kollege Schumann über den Niedergang des Handwerks referirte. Redner führte aus, daß das Großkapital den Handwerkerstand immer mehr auffauge und enteigne, sodas letzterer, um sein Scheindasein noch einigermaßen freiten zu können, zu einer treibhausartigen Züchtungsanstalt seine Zuflucht nehme. Im gleichen Sinne äußerten sich noch mehrere Redner. Im folgenden Punkt: „Vereinsangelegenheiten“, wurde zunächst über das Vereinslokal gesprochen, das Resultat war folgendes: Der Verein hält jeden zweiten Donnerstag seine Versammlungen bei Adolf Naumann, Passauerstraße 3, ab. Im gleichen Lokale wird eine Stelle für Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge errichtet, eine zweite bei W. Seidel, Gerichtsstraße 19, die dritte bei Franz Kleinert, Müllerstraße 7a. Nachdem noch Aufklärung gegeben, warum wir uns dem Verbands angeschlossen, schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung.

**Dresden.** Sonntag, den 23. August, fand in Meesens Hotel unsere regelmäßige Versammlung statt, in welcher, nachdem einige Aufnahmen vollzogen, Kollege Rehn Bericht über die letzte Sitzung der Kartell-Kommission erstattete. Unter Punkt 2 kam ein neuer 2. Bevollmächtigter in Vorschlag, da der jetzige, Kollege Schriener, Umstände halber seinen Posten niederlegen mußte. Als sein Nachfolger wurde Kollege Hartmann bestimmt. Der dritte Punkt bestand in Verlesung der Statuten. Dieser Punkt war halb erledigt, da sich Verlesung und Diskussion auf § 12 beschränkten. Im Fragekasten war die Frage enthalten: „Wann können wir eine Agitations-tour zu Gunsten des Verbandes unternehmen?“ Die Versammlung entschied, eine Agitations-tour nach Dube zu unternehmen und zwar am 13. September. Ferner wurde die Abhaltung eines Stützungs-festes beschlossen.

**Giesbühl.** Am 30. August tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Den Bericht vom Verbandstage erstattete Kollege Greiß, Hamburg, und erledigte sich derselbe seiner Aufgabe in recht verständlicher Weise. Sodann erstattete Kollege Hüfmeier Bericht über die am 22. August stattgehabte öffentliche Versammlung der Brauereihilfsarbeiter, betreffend den Anschluß an den Brauerverband, und Austritt aus dem Fabrikarbeiterverband. Hieran knüpfte sich eine heftige Diskussion, in welcher alle Redner betonten, daß die Brauereihilfsarbeiter nicht in den Brauerverband gehören, und zwar deshalb nicht, weil die Arbeit in einer Brauerei von sehr zweifelhafter Dauer ist und die Arbeiter täglich, ja stündlich in die Lage kommen können, daß sie ihre Arbeit dajelbst verlieren, und daß dann, wenn sie andere Art von Arbeit annehmen müßten, der Brauerverband nicht mehr für sie eintreten könne und würde, während der Fabrikarbeiterverband für alle Kategorien von nicht gelernten Arbeitern eintrete. Nach dem Bericht Hüfmeiers hätte es den Anschein, als wenn die Brauer einen Streik in Scene setzen wollen und dazu die Hilfsarbeiter gebrauchen. In Erkenntnis dieser Thatsachen wurde von den Brauereihilfsarbeitern folgende Resolution einstimmig angenommen: Sie am 30. August im Lokale des Herrn Strauß tagende Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Giesbühl des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erklärt sich gegen den Beschluß der öffentlichen Versammlung der Brauereihilfsarbeiter, welcher den Austritt aus unserem Verbands und die Bildung einer Sektion des Brauerverbandes bezweckt. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die betreffenden Kollegen in die Reihen der nicht gelernten Arbeiter gehören, tagtäglich in die Lage geraten können, ihre Arbeit zu wechseln, und deshalb in dem Fabrikarbeiterverband zu verbleiben haben. Die Brauereihilfsarbeiter der hiesigen Zahlstelle werden daher dem gegenseitigen Beschluß nicht Folge geben. — Hierauf trat Schluß der Versammlung um 2 1/2 Uhr ein.

**Giesbühl.** Die Mitglieder-Versammlung, tagend am 6. September, nahm Stellung zum Anschluß an den Arbeiterbund. Von mehreren Rednern wurde der Anschluß warm empfohlen. Der Beitrag ist auf 10 Pf. pro Vierteljahr festgesetzt und wird ab 1. Oktober erhoben. Nach längerer Debatte wurde der Anschluß einstimmig beschlossen. Zu der am 4. Oktober in Hamburg stattfindenden Konferenz wird Kollege W. Fingelberg als Delegirter entsandt werden. Dem Kollegen Schühmacher ward der Vorwurf gemacht, am Bau der Reichshule den Interessen der Streikenden entgegengehandelt zu haben; derartige Vergehen sollen denselben mehrere zur Last fallen, sodas die Versammlung einstimmig den Anschluß dieses „Kollegen“ beifolgt. Eine aus zehn Kollegen bestehende Agitations-Kommission erhielt den Auftrag, vierteljährlich eine Hauszitation zu veranstalten.

**Siechenheim.** In der am letzten Sonntag stattgefundenen Mitglieder-Versammlung erhaltete Kollege Eiser-Brandt Bericht über den Verbandstag in Jamburg. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten sowie mit denselben Verhalten auf dem Verbandstage vollkommen einverstanden, insbesondere bezüglich der Abstimmung über § 2e des Verbandsstatuts. In diesem Paragraphen heißt es: „Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Durch

die Abstimmung sei dieser Satz gestrichen worden; er (Eiser) habe natürlich gegen die Streichung gestimmt. Kolll. Lehmann erklärte die Streichung dieses Satzes für einen Rückschritt vor der Behörde und dem Unternehmertum. Wenn die Majorität des Verbandstages vielleicht geglaubt habe, die Behörde würde nunmehr den Verband nach Belieben schaften und walten lassen, so werde die Enttäuschung ganz gewiß nicht ausbleiben; die Behörde wird nach wie vor sich in den allermeisten Fällen auf die Seite des Unternehmertums stellen, einzeln, ob dieser Satz im Statut enthalten sei oder nicht. Derselbe hätte unbedingt stehen bleiben müssen schon der Agitation halber, denn in demselben ist klipp und klar zum Ausdruck gebracht, was der Verband bezweckt. Die organisirte Arbeiterschaft hat ihren Segnern frei ins Gesicht gesagt, was sie will. Redner verlangt eine Urabstimmung darüber, ob die Zahlstellen mit der Streichung des betr. Satzes einverstanden sind oder ob derselbe wieder eingefügt werden soll. Die Versammlung beschließt lesteres und fordert demnach unsere Zahlstelle wegen des betr. Punktes Urabstimmung. Nachdem noch Kolll. Eiser die Versammlung zu müthigem Ausdauern und fleißigem Agitieren aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** In der Mitglieder-Versammlung am 12. September hielt Genosse J. Dejung einen Vortrag über die „Zukunft der deutschen Gewerkschaften“, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Wir werden in nächster Zeit, falls der Raum des „Proletarier“ es gestattet, einen eingehenden Bericht bringen. Referent berührte auch die Dr. Quard'schen Vorschläge, mit denen er sich nicht einverstanden erklären konnte. Ein weiterer Punkt war ein Brief des Kollegen Brey, den Kollege Bernhard nicht verlesen konnte, aus dem aber hervorging, daß Kollege Brey unseren Bericht und die Resolution, die in der letzten Versammlung vom 29. August gefaßt wurde, nicht veröffentlichen könne und er uns ersuchte, wir möchten dieselbe wieder zurückziehen. Kollege Bernhard ersuchte die Anwesenden, sie möchten sich darüber aussprechen. Kollegen Fleming und Lang waren der Meinung, wir sollten die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, aufrecht erhalten. Wir hätten dieselben nach reiflicher Ueberlegung gefaßt und seien vollumfänglich berechtigt. Kollege Bernhard führte aus: das Schreiben des Kollegen Brey komme ihm sonderbar vor, zudem die Generalkommission fast der gleichen Ansicht sei, wie die Frankfurter Zahlstelle. Auch seine Berichtigung gegenüber der Generalkommission sei sehr unglücklich ausgefallen (So? Ich habe ja gar keine eingesehen! U. S.), wenn er meinte, die Notiz der Generalkommission sei geeignet, zu Auseinandersetzungen im Verbandsveranlassung zu geben und die Agitation zu hemmen. Bis jetzt sei es bei uns doch noch Brauch gewesen, daß man an den Beschlüssen des Verbandstages Kritik geübt habe, solle dies auf einmal nicht mehr sein (und hier wäre eine scharfe Kritik am Plage), so sehe das bald aus, als achte man unsere Mitglieder nicht für fähig, sich selbst ein Urtheil zu bilden. (Die Veröffentlichung wurde doch wohl aus anderen Gründen abgelehnt! U. S.) Deshalb stelle er nochmals den Antrag, unsere Resolution aufrecht zu erhalten. Derselbe wurde wieder einstimmig angenommen. Kollege Bernhard erklärte hierzu, daß ihm heute erst die Nr. 26 des Korrespondenzblattes vom 17. August zugegangen wäre, in welcher die betreffende Notiz von der Generalkommission gestanden habe, also für uns die Befürchtung des Kollegen Brey hinfällig sei. Nachdem die Kollegen auf die Protokolle, von denen sich Jeder ein Exemplar anschaffen solle, aufmerksam gemacht wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, am Sonntag, den 13. September. Da die Zahlstelle augenblicklich keinen Schriftführer hat, so wird Nagel, welcher vordem Schriftführer des Vereins der Mauersteinarbeiter war, bis zu dem im Oktober stattfindenden Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren zum Schriftführer ernannt. Betreffs des Uebertritts der Mauersteinarbeiter zum Verbands bemerkte Kuhlmann, daß 67 Mauersteinarbeiter übergetreten sind. Hüfmeier legt letzteren ans Herz, zege zu agitieren, damit die nicht anwesenden Mauersteinarbeiter auch mit übertreten. (Der Verein zählte ca. 150 Mitglieder. Der Schriftf.) Sie hätten unbedingt die beste Organisation gewählt, sie sei entschieden die geeignetste für sie. Redner weist dann noch darauf hin, daß wir unsere Frauen auch mit aufnehmen lassen müßten, damit dieselben an den Versammlungen theilnehmen könnten, sie würden dann auch mehr und mehr aufgeklärt werden und manche Frau würde dann auch mehr Sympathie für unsere Sache zeigen, als dies bis jetzt der Fall gewesen sei, denn es gäbe jetzt noch viele Frauen, die ihrem Manne Vorwürfe machten, wenn er einem Verein angehören oder zu Versammlungen gehen wolle. Agrens begrüßt die Mauersteinarbeiter als neue Mitglieder und hofft, daß sie festhalten werden an ihrer jetzigen Organisation im Friebe wie im Kampfe mit dem Unternehmertum. Reich stellt den Antrag, die vom früheren Verein der Mauersteinarbeiter errichteten Zahlstellen fernerhin bestehen zu lassen, zur Aufnahme wie zur Beitragsentrichtung. Nach längerer Debatte, in welcher Greiß hauptsächlich betont, daß die in Winterhude, Eppendorf und Rothendurgort wohnenden Mauersteinarbeiter eigentl. zu den dortigen Zahlstellen übergeschrieben werden müßten, in Uebetracht dessen aber, daß sämtliche Mauersteinarbeiter gern geschlossen einer Zahlstelle angehören wollen, von einer Uebertragung zu einer anderen Zahlstelle abzusehen sei, wird der Antrag angenommen. Weil man sich gegen Hüfmeier, weil derselbe beifolgt hätte, daß die Brauerei-Hilfsarbeiter aus unserem Verbands hinaus müßten, worauf Hüfmeier und Greiß erwidern, daß der Vorstand laut Resolution und Kartellbeschluß genöthigt gewesen sei, die Uebertragung der Brauerei-Hilfsarbeiter vorzunehmen. Wer von ihnen trotzdem in unserem Verbands bleiben wolle, der solle dies herzlich gern thun. Hüfmeier bemerkt, daß auf den von den Mauersteinarbeitern vertheilten Flugblättern, die Sperrre über Saggau und Stahl betreffend, seitens der Lokalkommission ein Fehler gemacht sei, indem es dort anstatt Kiewold u. Scholle: Kiewold u. Jan heißen müßte. Die Flugblätter hätten aber ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Emerjährefirma Jorthmann u. Begne lasse ihren Leuten nicht mehr bei Saggau den Lohn ausbezahlen, es geschehe dies jetzt im Kontor der Firma. Rudloff befragt, daß Stahl zu ihm gekommen sei, um zu bewirken, daß seitens der Lokalkommission das in dem Flugblatt gegen ihn Gesagte widerrufen würde, widrigenfalls er Rudloff als den Verleger des Flugblattes verklagen werde. Durch letzteres sei er in seiner Wirksamkeit sehr geschädigt worden, denn die meisten Arbeiter und Speicherarbeiter, die sonst bei ihm verkehrt hätten, seien ihm jetzt fern geblieben. Uebrigens sei er die betreffende Arbeit wieder los geworden und werde auch keine Mauersteinarbeit wieder übernehmen. Würde die über ihn verhängte Sperre nicht aufgehoben, so müßte er seine Wirksamkeit zumachen. Es wird beschlossen, daß die Lokalkommission am Montag, den 14. September, eine Sitzung abhalten und Stahl zu derselben einladen soll. Hüfmeier erklärt, daß der Streikfonds bis auf 7 Mk. zusammengekommen sei, von einer weiteren Unterstützung der jetzigen Kollegen, welche in Folge der Sperre bei Saggau die Arbeit niederlegten, daher abgesehen werden müsse. Ein Antrag von Reich, daß die Liquidationskommission der Lokalkommission die vorhandenen Gelder zur weiteren Unterstützung der betreffenden Kollegen überweisen möge, wird angenommen. Dann kommt die Sache vom Vize Chr. Förster zur Sprache, der seinen Leuten nach vollendeter Arbeit 5 Pfg. pro Wille vom Lohn für seine Bemühungen abziehen wollte. Als die Leute sich dies nicht gefallen ließen, nahm er sie nicht wieder in Arbeit. Da jedoch der betreffende Mauermeister, für den die Arbeit geschah, verlangt hat, daß dieselbe von den Gewerkschaften weiter verrichtet werde, und am 14. September erst wieder eine Ladung Steine für ihr gelöst wird, so wird

abzuwarten sein, ob Förster sich dem fügen und die Bemäßregelten wieder beschäftigen wird. Wo nicht, so wird die am Mittwoch, den 16. September, in der „Concordia“ stattfindende Versammlung sich mit der Sache weiter beschäftigen. Zum Schluß bittet Kuhlmann noch, die letztgenannte Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung des Vereins der Mauersteinarbeiter am Sonntag, den 13. September. Hüfmeier hebt nochmals die Vorzüge der Zentralorganisation hervor. Dann verwahrt er sich gegen die Aeußerungen des Vertreters der Kellner im Gewerkschaftskartell, Hüfmeier, und wirft demselben Unkenntnis von der ganzen Sache vor. Reich glaubt, daß die Bauarbeiter uns auch gern in ihren Verband aufgenommen hätten und daß es ihnen nicht recht sei, daß wir dem Verband der Fabrikarbeiter beitreten. Er meint aber, daß die Bauarbeiter selbst in diesen Verband hinein gehören. In Berlin, Jamburg und einigen anderen größeren Städten seien sie viel leicht das ganze Jahr hindurch an Bauten beschäftigt, in den Provinzialstädten dagegen seien sie die meiste Zeit anderweitig beschäftigt, und zwar größtentheils in Fabriken. Dann bemerkt Redner, daß die Unternehmer und Geschäftige Saggau und Stahl sich durch die von uns verbreiteten Flugblätter in ihren Wirksamkeiten geschädigt fühlen. Stahl habe darauf gedungen, daß wir das in dem Flugblatt gegen ihn Gesagte widerrufen sollen. Da unser Verein sich doch auflösen und zum Verband der Fabrikarbeiter übertreten will, so wird über diese Angelegenheit nicht weiter diskutiert, sondern zu der nach Schluß unserer Versammlung stattfindenden Versammlung der Fabrikarbeiter zurückgekehrt. Ebenso die Angelegenheit mit dem Vize Chr. Förster, der seinen Leuten 5 Pfg. pro Tausend vom Lohn abziehen wollte, wie er sagte, für seine Bemühungen. Sodann weist Hüfmeier noch darauf hin, daß der Verband der Fabrikarbeiter der geeignetste für uns sei. Der Verband der Bauarbeiter habe nie unsere Interessen vertreten, weshalb die Mitglieder auch nach und nach alle von demselben abgefallen seien. Er stellt den Antrag, daß wir Alle, so wie wir hier versammelt sind, zum Verband der Fabrikarbeiter übertreten. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf bringt der Kassirer Zusekow seinen Kassenbericht. Der Bestand im Juli war 104,30 Mk., die Einnahme im August 18,80 Mk., Summa 123,10 Mk. Die Ausgaben im August beliefen sich gesammelt auf 49,15 Mk., somit bleibt ein Bestand von 73,95 Mk. Reich beantragt eine Liquidationskommission von drei Mann zu wählen, was auch angenommen wird, und werden Zusekow, Hüfmeier und Decker hierzu gewählt. Ferner stellt Reich den Antrag, die Gelder und Utensilien des Vereins der späteren Sektion der Mauersteinarbeiter zur Verfügung zu stellen, welcher ebenfalls angenommen wird. Dann ermahnen Hüfmeier und Reich die Anwesenden, dem Verbands der Fabrikarbeiter besser treu zu bleiben, als dies beim Verband der Bauarbeiter geschehen sei. Hierauf beantragt Hüfmeier, den Verein aufzulösen, was einstimmig angenommen wird. Die Versammlung schließt mit einem brauenden Hoch auf unsere zukünftige Organisation.

**Hamm.** Die am 8. September tagende Versammlung nahm eine Darlegung des 1. Bevollmächtigten über Ursache und zeitigen Verlauf der Ausperrung der Arbeiter auf der Hlensburger Werft entgegen, mit der die Aufforderung einer pflichtgemäßen Unterstützung der Kämpfenden verknüpft war. Nach Erledigung des Kartellberichtes wurde Kollege Thomsen zum Delegirten zur Hamburger Konferenz gewählt. Zur Arrangierung eines Sylvesterfestes wurde ein aus 3 Personen bestehendes Komitee gewählt.

**Kellinghusen.** Die am 2. September stattgefundene Versammlung nahm den Bericht vom Kartell entgegen, und wurde derselbe bis auf einige in nächster Versammlung zu entscheidende Punkte angenommen. Zur Konferenz in Jamburg ward Kollege Riegner entsandt. Die Versammlung regte an und unterbreitete es der Konferenz zum Beschluß, daß in Zukunft die Tagelöhner für die entsendeten Kollegen von der Konferenz sowohl festgesetzt als ausbezahlt werden. Dann wurde die Versammlung durch einen Fragezettel veranlaßt, Stellung zur Wahl eines unparteiischen Revisionszählers zu nehmen, da der jetzige ein Verbergswirth ist und den Arbeitern zwei Herzen zur Verfügung stehen. Die endgiltige Entscheidung hat die nächste Versammlung zu treffen.

**Lägerdorf.** In der Verbandsversammlung vom 8. Sept. wurde das Andenken des verstorbenen Verbandsgenossen Dellrich durch Erheben von den Sigen geehrt. Hierauf gab Kollege Noche einen mit Beifall aufgenommenen Bericht vom Verbandstage. Während der Pause gingen 5,84 Mk. zur Deckung der Kosten ein, während der Fragekasten 11 Pf. enthielt. Laut Beschluß findet am 27. September unser Stützungs-fest statt. In die Festkommission wurde an Stelle Herff's Kollege Otto gewählt. Kollege Nidel bestätigte sodann, daß ihm während seiner Krankheit durch Kollegen Hünche 49,65 Mk., von dem Kollegen gesammelt, zugestellt seien. Auf Antrag des Kollegen Meyer ward beschlossen, daß Mitglieder, welche in dem Hlensburger Lokale verkehren, in Zukunft als aus dem Verbands ausgeschlossen zu betrachten seien. Zwei in der Rosenstraße 12 wohnende Einlogirer erklärten, in genannter Wirthehaft verkehrt zu haben, was den Kollegen Noche und Schlegel Veranlassung zur Kritik dieser Handlungsweise gab. Der Antrag, eine Vorkont-Kommission zu wählen, wurde abgelehnt. Der noch schwebende Verbandsprozess soll weitergeführt werden.

**Nien.** Am Sonnabend, den 6. d. M., fand im Lokale des Herrn Kalliver zu Blankenese unsere erste außerordentliche Mitglieder-Versammlung seit Bestehen der Zahlstelle Dödenhuden und Umgegend statt. Nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Brief des Kollegen Hüfmeier aus Jamburg vorgelesen und die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung angeregt, in der ein auswärtiger Referent über: „Zweck und Ziele unseres Verbandes“ Vortrag halten soll. Zum Schluß ermahnte Kollege Garde die Anwesenden an ihre heiligste Pflicht, thätkräftig für den Verband zu wirken, denn je größer der Muth, um so sicherer sei das Ziel.

**Rothenburgort.** Am 17. September tagte im „Marienhof“, Gröner-Deich, unsere Mitglieder-Versammlung. Der 1. Bevollmächtigte Finkenwärdler sucht dem Wunsch der vorigen Versammlung Rechnung zu tragen, indem er der Agitations-Kommission gedenkt. Ein Bericht sei nicht zu erbringen, weil eben aus Mangel an Mitteln keine Agitation betrieben wäre. Er habe jedoch Plakate drucken lassen, welche, in den verschiedenen Lokalen ausgehängt, neue Mitglieder heranziehen sollen. Dies sei vor der Hand Alles, was geschehen könne. Darauf ward als dritter Bevollmächtigter Kollege Dehmann einstimmig in Vorschlag gebracht. Zu Punkt 1 erhielt der Referent, Genosse Meyer, zu seinem Vortrag das Wort. Derselbe sprach über „Die kapitalistische Produktion“ und entwarf der Versammlung ein überaus klares Bild über die verschiedenen Manipulationen des Kapitalismus und deren Wirkungen für die Arbeiter. Er schloß mit einem warmen Aufruf an die gesammten Arbeiter, fest zu einander zu halten. Zu Punkt 2 kam Kollege Albrecht als Revisor in Vorschlag. Zudem nur zum 3. Punkt übergeschritten ward, entdaran sich eine ziemlich heftige Diskussion, betreffend die Beschlüsse des Darburger Verbandstages. Kollege Finkenwärdler machte den Delegirten den Vorwurf, mit einer nicht zu verantwortlichen Auheit das große Arbeitspensum behandelt zu haben. (Gegen diesen völlig unbegründeten Vorwurf auch nur ein Wort der Wehr zu schreiben, hieße unsere auf dem Verbandstage als Delegirte gewesenen Kollegen beleidigen. U. S.) Der Allen tadelte er das Verhalten des Kollegen Sack, welcher nicht dafür eingetreten sei, daß das zum Streik in der Norddeutschen Reichshule ver-

